

Powell mahnt Geduld an

Zur Vermittlung in Islamabad eingetroffen – Anzeichen für Annäherung zwischen Indien und Pakistan

ISLAMABAD: Zum Auftakt seiner Vermittlungsmission in Indien und Pakistan hat US-Aussenminister Colin Powell eindringlich vor einer Eskalation des Konflikts gewarnt und beide Seiten zur Geduld angehalten. Seine Anwesenheit in der Region unterstreiche den Wunsch Washingtons nach einer friedlichen Lösung, sagte Powell am Mittwoch. Er traf sich in Islamabad mit seinem Kollegen Abdul Sattar und wollte am Abend mit Militärmachthaber Pervez Musharraf zusammenkommen. Für Donnerstag sind Gespräche in Indien geplant.

Schon vor Powells Eintreffen signalisierte die indische Regierung Gesprächsbereitschaft mit Pakistan. Innenminister Lal Advani sagte am Mittwoch, er habe noch nie zuvor einen pakistanischen Führer erlebt, der die Herrschaft des islamischen Klerus so angeprangert habe wie Musharraf in seiner Rede am Wochenende. Bislang hatte Indien zurückhaltend auf Musharraf's Ansprache reagiert. Der Regierungschef des indischen Unionsstaats Jammu und Kaschmir, Farooq Abdullah, erklärte am Mittwoch, die Angriffe militanter Moslems seien seit Mus-



Der amerikanische Aussenminister Colin Powell traf gestern mit seinem pakistanischen Amtskollegen Abdul Sattar zusammen.

harraf's schärferem Durchgreifen gegen Extremisten zurückgegangen. Seit dem Wochenende wurden in Pakistan nach Angaben der Behörden fast 2.000 islamische Extremisten festgenommen. «Wir dürfen keinen Krieg in Südasien riskieren», sagte Powell in Pakistan. Ziel seiner Mission seien

Fortschritte auf diplomatischer und politischer Ebene. Erst danach werde ein beidseitiger Truppenrückzug von der Grenze erwogen. Powell begrüßte die Festnahmen moslemischer Extremisten. Er betonte zugleich, die guten Kontakte der USA zu Indien und Pakistan hätten bislang zur Vermeidung ei-

ner Eskalation der Lage beigetragen. Musharraf erklärte am Mittwoch erneut, er strebe eine friedliche Lösung des Konflikts an. Der pakistanische Militärmachthaber bekräftigte jedoch seine Haltung, in Kaschmir den Kampf gegen die «indische Besatzung» politisch und moralisch zu unterstützen.

NACHRICHTEN

24 Jahre Haft wegen geplanten Anschlags

NEW YORK: Ein New Yorker Gericht hat am Mittwoch den Algerier Mokhtar Haouari wegen seiner Rolle bei der Vorbereitung eines fehlgeschlagenen Terroranschlags auf den Flughafen von Los Angeles zu 24 Jahren Haft verurteilt. Richter John Keenan verhängte gegen den 32-jährigen Angeklagten die Höchststrafe. Die Geschworenen hatten Haouari bereits im Juli schuldig gesprochen. Er habe eine Schlüsselrolle gespielt bei dem Plan, kurz vor dem 1. Januar 2000 eine Kofferbombe auf dem Flughafen zu zünden, befand die Jury. Haouari hatte demnach den Drahtzieher des geplanten Anschlags mit falschen Papieren und Geld ausgestattet. Der Plan flog auf, als einer von zwei weiteren später Verurteilten im Dezember 1999 bei Seattle festgenommen wurde, weil im Kofferraum seines Autos Sprengstoff entdeckt worden war. Er sagte als Kronzeuge gegen Haouari aus.

Verteidigungsminister zurückgetreten

BELGRAD: Der jugoslawische Verteidigungsminister Slobodan Krapovic ist am Mittwoch zurückgetreten. Als Grund führte er gesundheitliche Probleme und Unzufriedenheit mit dem Fortschritt der Militärreform an. Krapovic gehört der montenegrischen Sozialistischen Volkspartei an. Die Partei nominierte Velimir Radojevic als Nachfolger.

Abkommen über Kriegsverbrechertribunal

FREETOWN: Vertreter der UNO und der Regierung von Sierra Leone haben in Freetown ein Abkommen über das geplante Kriegsverbrechertribunal unterzeichnet. Es soll Verbrechen ahnden, die im zehnjährigen Bürgerkrieg des westafrikanischen Landes seit 1991 verübt wurden. Erst am Montag hatte die Rebellenorganisation RUF den Konflikt offiziell für beendet erklärt. Die britische BBC berichtete, in dem Tribunal würden Richter aus Sierra Leone mit von den UNO berufenen Kollegen aus dem Ausland zusammenarbeiten. Sowohl der Präsident Sierra Leones, Ahmad Tejan Kabbah, als auch die RUF haben ihre Unterstützung für den geplanten Gerichtshof bekundet. Als Erster wird voraussichtlich der inhaftierte RUF-Chef Foday Sankoh vor dem Tribunal erscheinen.

Morddrohungen zurückgenommen

BELFAST: In Nordirland hat die protestantische Untergrundgruppe Red Hand Defenders am Mittwoch ihre Auflösung angekündigt und Morddrohungen gegen katholische Arbeitnehmer zurückgenommen. Bei der Gruppe, die sich am vergangenen Wochenende zum Mord an einem katholischen Postbeamten bekannt hatte, handelt es sich nach Ansicht der Polizei vermutlich um militante Mitglieder der verbotenen Ulster Defense Association (UDA) und anderer extremistischer Organisationen. Die Erklärung der Red Hand Defenders wurde am Mittwoch mit Skepsis aufgenommen.

Senatsgebäude wiedereröffnet

WASHINGTON: Ein nach den Milzbrand-Anschlägen im Oktober geschlossenes Bürogebäude des US-Senats in Washington soll am Freitag wiedereröffnet werden. Gesundheitsbehörden und eine Umweltschutz-Agentur gingen davon aus, dass das Hart Building nach einer Desinfektion jetzt sicher sei, hiess es in einer E-Mail an die Senatsmitarbeiter. Am 15. Oktober hatte US-Senator Tom Daschle einen mit Milzbrand-Sporen verseuchten Brief erhalten. Rund 24 Menschen waren mit den Krankheitserregern in Kontakt gekommen. Daraufhin wurde das Hart Building geschlossen.

Proteste in Nigeria

Festnahmen nach Generalstreik

ABUJA: Landesweite Proteste gegen die Benzinpreiserhöhung im Ölförderstaat Nigeria haben am Mittwoch die Grossstädte des Landes lahm gelegt. Gewerkschaften hatten zur Arbeitsniederlegung und zu Demonstrationen aufgerufen.

Die Polizei reagierte mit zahlreichen Festnahmen. In der Hauptstadt Abuja verhafteten Sicherheitskräfte vorübergehend den Präsidenten des nigerianischen Arbeiterkongresses, Adams Oshiomhole.

Er hatte die Bevölkerung dazu aufgerufen, «nicht zu dulden, dass die Regierung die schwierigen Lebensbedingungen noch erschwert.» Nach seiner Festnahme wurde Oshiomhole von einem Gericht gegen Kautions von 100

Dollar freigelassen. Der Polizei, die ihn gleich wieder festnehmen wollte, entkam er durch den Hinterausgang.

Demonstranten hinderten Zivilangestellte am Betreten ihrer Bürogebäude. Der öffentliche Verkehr in Lagos brach zeitweilig völlig zusammen. Paramilitärische Ordnungskräfte patrouillierten durch die Strassen. Unter Einsatz von Tränengas griffen sie in Protestmärsche ein und durchbrachen Strassenbarrikaden der Demonstranten.

Die Bevölkerung des weltweit sechstgrössten Ölförderlandes protestiert gegen die Aufhebung der staatlichen Subventionierung des Benzinpreises und den darauf erfolgten Preisanstieg von 18 Prozent. Die Regierung von Präsident Olusegun Obasanjo hatte den Streik für illegal erklärt.

Gegner sind «Terroristen»

Menschenrechtsverletzungen unter Vorwand

WASHINGTON: Staaten in aller Welt nutzen den Antiterrorkampf nach Eindruck der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) als Vorwand für rigorose Angriffe auf politische Gegner.

So hätten Russland, Usbekistan und Ägypten brutale Militärkampagnen oder Polizeiaktionen gegen politische Gegner gestartet, berichtet das Institut in seinem Jahresbericht, der am Mittwoch in Washington veröffentlicht wurde. In den USA und Westeuropa bedrohten einige der Antiterrormassnahmen etablierte Menschenrechtsprinzipien.

«Im Kampf gegen den Terror muss das Prinzip, das kein Zivilist je mit Absicht getötet oder misshandelt wird, betont werden», sagte der Direktor von

Human Rights Watch, Kenneth Roth. «Aber viele Länder nutzen den Antiterror-Kampf als neue Ausrede, um die Menschenrechte zu ignorieren.»

Roth kritisierte auch die von den USA geplanten Militärtribunale zur Verurteilung von Kämpfern aus Afghanistan. Die USA könnten sich dem Vorwurf der Scheinheiligkeit aussetzen, wenn sie in Zukunft ähnliche Einrichtungen in anderen Ländern kritisieren wollten.

Den westlichen Regierungen wirft die Organisation vor, unter befreundeten Regierungen im Nahen Osten und in Nordafrika Menschenrechtsverletzungen zu dulden. In diesem Zusammenhang nannte Roth auch mangelnde Kritik am israelische Vorgehen gegen Palästinenser.

Berlusconi sichert Fischer Treue zu Europa zu

Bundesaussenminister zu Gesprächen in Rom

ROM: Der italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi hat Bundesaussenminister Joschka Fischer einen pro-europäischen Kurs seiner Regierung zugesichert. Er habe Fischer bei dessen Besuch am Mittwoch in Rom Garantien für Italiens europafreundliche Haltung gegeben und eine «positive Antwort» erhalten, erklärte Berlusconi. Fischer rief die Länder der Europäischen Union auf, ihre Differenzen hintenzustellen und die gemeinsame Sicherheits- und Aussenpolitik zu forcieren.

Bereits am Montag hatte Berlusconi die Treue seiner Regierung gegenüber der Europäischen Union bekräftigt. Der Auftritt des Ministerpräsidenten vor dem Parlament war erwartet worden, nachdem Aussenminister Renato Ruggiero nach heftiger Kritik an der europafeindlichen Einstellung einiger Kabinettskollegen zurückgetreten war, was besonders im Ausland Bedenken an der Europa-Treue Italiens ausgelöst hatte. Fischer sagte nach seinem dreistündigen Gespräch mit Berlusconi, die EU müsse auch Wege finden, ihre Einheit zu erhalten, wenn sie die Tür nun für weitere Mitgliedstaaten öffne. Themen des Treffens waren nach Angaben von Berlusconi's Büro unter an-

derem die EU-Erweiterung, der Krieg in Afghanistan und die Lage im Nahen Osten. Die Unterredung mit Fischer

war für Berlusconi der zweite Termin, den er nach dem Rücktritt Ruggieros in seiner Zweitfunktion als Aussenmi-

nister wahrnahm. Anschliessend traf Fischer auch mit Staatspräsident Carlo Azeglio Ciampi zusammen.



Ministerpräsident Silvio Berlusconi sicherte Bundesaussenminister Joschka Fischer einen pro-europäischen Kurs seiner Regierung zu.